

NEIN zum EU-Wahn!

JA zum deutschen

Nationalstaat!



Die Deutschen assoziieren mit Nation, Nationalsozialismus, was natürlich völliger Blödsinn ist.

Der Satz »Wir dürfen nicht zum Nationalstaat zurück«, der ist logisch leider völliger Unfug, denn selbst die EU-Kommission sagt, es müssen Aufgaben zum Nationalstaat zurückgegeben werden.

Das offene Wort

Claudia Roth hat keine Sorgen mehr!

Solch ein Fahnenmeer wie auf Seite 1 würden wir gerne öfter sehen, nicht beim Fußball, sondern auch wenn es um Deutschlands Zukunft geht!

Die müde und satte Millionärstruppe, die sich – dem Herrn sei Lob! – nicht mehr »Deutsche Nationalmannschaft« nennt, damit wir uns nicht schämen müssen, ist bei der WM vorzeitig ausgeschieden.

Frau **Claudia Roth**, als Bundestags-Vizepräsidentin eine der höchsten Repräsentantinnen unseres Staatswesens, hatte sich schon große Sorgen gemacht:

Schon zum Auftakt der WM warnte sie von höchster Stelle aus vor Nationalismus beim Feiern: Sie wolle niemandem verbieten, ein Fähnchen aufzuhängen, finde aber, daß den Deutschen **»Zurückhaltung mit der nationalen Selbstbeweihräucherung«** gut zu Gesicht stehe. Nun hat diese immer buntgekleidete Dame (im Volksmund auch gern »Paradiesvogel der Grünen« genannt) eine Sorge weniger. Das »Team« mit dem Werbespruch »United by Football« hat nicht mit Herzblut und Seele für Deutschland gespielt.

Wo ein gesundes Nationalbewußtsein fehlt, geht alles den Bach runter – nicht nur beim Fußball, sondern noch viel schlimmer in der Politik. Die Planung und Duldung der unkontrollierten Masseneinwanderung fremder Völker ist das Ergebnis.

Ein UN-Leser schrieb uns: **»Von Merkel lernen heißt verlieren lernen. Warum sollten die Fußballer besser sein als die Regierung?«**

Ihre Sabine Möller



»Mein Volk, dem ich angehöre und das ich liebe, ist das deutsche Volk; und meine Nation, die ich mit großem Stolz verehere, ist die deutsche Nation. Eine ritterliche, stolze und harte Nation.«

Ernst Thälmann (KPD)

in: Antwort auf Briefe eines Kerkergegnossen, Berlin 1961, S. 73

Sehnsucht nach dem Nationalstaat

Der Ruf nach mehr Selbstbestimmung der Nationalstaaten wird lauter. Dabei handelt es sich nicht allein um eine Forderung von Nationalisten, auch die politische Linke erkennt die Notwendigkeit des Nationalstaates.

Federführend äußerte Oskar Lafontaine im Gespräch bei phoenix am 23.2.2018, **»der Satz »Wir dürfen nicht zum Nationalstaat zurück«, sei »logisch leider völliger Unfug, denn selbst die [EU-]Kommission sagt, es müssen Aufgaben zum Nationalstaat zurückgegeben werden.«**

Zu lange haben wir Deutschen die Irrungen der EU ertragen müssen

Nach der unfähigen EU-Politik in der Flüchtlingskrise, die alltäglich mit neuen Schreckensmeldungen von sich reden macht, folgten die von der EU verordneten Datenschutzbestimmungen, deren Umsetzung die Existenz einiger deutscher Verbände, Vereine, Kleingewerbetreibenden und mittelständischen Unternehmen gefährdet.

Nicht nur das, im Moment werden die Menschen, die geschützt

werden sollten, mit langen Texten, endlosen E-Mails und undurchschaubaren juristischen Texten überflutet.

Der EU-Wahn kennt keine Grenzen und ist noch lange nicht an seinem Ziel angekommen. EU-Europa ist restlos gescheitert.

Nun wünschen sich immer mehr Menschen den Nationalstaat zurück. Großbritannien ist aus der EU ausgetreten. Ungarn, Österreich und immer mehr Mitgliedsstaaten bieten der EU Paroli.

Der Nationalstaat ist und bleibt der Garant für Rechtstaatlichkeit, Sozialstaat und Demokratie.

Die EU hat offensichtlich genau diese wichtigen Errungenschaften verspielt.

ZUM NACHDENKEN:

»Das Entscheidende ist, daß der Nationalstaat weitgehend identisch ist mit dem Sozialstaat.«

Oskar Lafontaine (Die Linke) im Gespräch bei phoenix, 23.2.2018

Wahrheit – Klarheit – Offenheit

September 2015: Spät in der Nacht entscheidet Kanzlerin *Merkel*, die Grenzen für alle Ankommenden zu öffnen und setzt damit die Dublin-Regelung außer Kraft. Eine folgenschwere Entscheidung, denn seitdem kamen laut UNHCR 1,41 Millionen sogenannte Flüchtlinge auf Dauer nach Deutschland. Es vergeht kein Tag, an dem wir nicht irgendwelche Ausreden und Beschönigungen zur Flüchtlingspolitik hören. Wie sieht die gesetzliche Grundlage zur Flüchtlingspolitik aus?

Was sagt das Grundgesetz?

Bekanntlich gewährt Artikel 16a des Grundgesetzes politisch Verfolgten Asyl. Dies gilt ausdrücklich nicht für diejenigen, die aus einem sogenannten »sicheren Drittstaat« nach Deutschland einreisen. Um Deutschland herum gibt es nur sichere Drittstaaten, so daß Flüchtlinge, die auf dem Landweg nach Deutschland einreisen, nach Artikel 16a GG kein Anrecht auf Asyl haben.

Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland

Art. 16a

(1) Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.

(2) Auf Absatz 1 kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist [...].

Was sagt das Aufenthaltsgesetz?

Das Aufenthaltsgesetz sieht vor, daß ein Ausländer, der unerlaubt einreisen will, an der Grenze zurückgewiesen wird. So sollte verfahren werden, wenn etwa Ausweise oder Pässe fehlen oder die Herkunft der Menschen unklar ist.

EU- oder internationales Recht erschweren solche Zurückweisungen, denn wem im Herkunftsstaat Gefahr oder Verfolgung droht, der hat gemäß Artikel 33 der Genfer Flüchtlingskonvention

nen individuellen Anspruch auf Schutz vor Zurückweisung.

Grundsätzlich aber sind Schutzanträge von Personen aus sicheren Herkunftsstaaten als »offensichtlich unbegründet« abzulehnen (AsylG § 29a).

Aufenthaltsgesetz - AufenthG

§ 15 Zurückweisung

(1) Ein Ausländer, der unerlaubt einreisen will, wird an der Grenze zurückgewiesen.

(2) Ein Ausländer kann an der Grenze zurückgewiesen werden, wenn

1. ein Ausweisungsinteresse besteht,
2. der begründete Verdacht besteht, daß der Aufenthalt nicht dem angegebenen Zweck dient [...]
3. er die Voraussetzungen für die Einreise in das Hoheitsgebiet der Vertragsparteien nach Artikel 5 des Schengener Grenzkodex nicht erfüllt.

Allein anhand dieser Gesetze ließe sich vermuten, daß Kanzlerin *Merkel* 2015 mit ihrer »Offene-Grenzen-Politik« rechtswidrig gehandelt habe. Aber der Europäische Gerichtshof stellt sich über das deutsche Grundgesetz und sieht Merkels Handeln als rechtmäßig an:

In seinem Urteil vom 26.7.2017 verwies dieser auf eine sogenannte »Eintrittsklausel« im EU-Flüchtlingsrecht. Diese erlaube es Staaten, »*einseitig oder in abgestimmter Weise im Geist der Solidarität*« Anträge von Flüchtlingen auf internationalen Schutz auch dann zu prüfen, wenn sie zum Beispiel nach den Dublin-Regeln hierfür nicht zuständig sind. Auf diesen »Freibrief« beruft sich Frau *Merkel*.

Die europäischen Regelungen, insbesondere die Dublin-Verordnung, nach der die »Flüchtlinge« in dem Land registriert und Asyl zu beantragen haben, in dem sie ankommen, gelten nicht mehr. Also reisen sie durch Europas sichere Länder, um im Sozialparadies alle Rechte und Freiheiten zu beantragen. Alle diese »Flüchtlinge« sind keine Flüchtlinge mehr und schon gar keine Asylberechtigten, denn sie waren schon in einem sicheren Land angekommen und dort in Sicherheit! Somit können wir feststellen, daß sich die deutschen Gesetze zwar gut anhören, in der Praxis jedoch durch internationales Recht oder Unrecht einfach ausgehebelt werden.

Ist das Grundgesetz, Artikel 16a Absatz 2 nicht mehr das Papierwert, auf dem es steht?

Wir müssen zurück zum Grundgesetz!

Die Bundeskanzlerin hat mit Ihrer Politik das Wohl der Immigranten aus aller Welt vor das Wohl des eigenen Volkes gestellt und umgeht das Grundgesetz! Sie hat nicht nur Terroristen und Gefährdungen die Tore geöffnet, sondern ungezählten Kriminellen. Fast täglich erreichen uns neue Schreckensnachrichten von Vergewaltigungen, Mord, Raub u.a. Verbrechen, begangen von sogenannten »Flüchtlings«.

Die Parole »Merkel muß weg!« ist richtig, aber unter den rotgrünen Volksaustauschern, die dann Morgenluft wittern, könnte es noch schlimmer kommen, wenn die Mehrheit der duldsamen Deutschen nicht endlich aufwacht! Rütteln Sie Ihre Nachbarn auf!

2018 – ein Tiefpunkt deutscher Geschichte

1954 – 2018: Zwei Daten, die den Zustand der Bundesrepublik nicht treffender markieren könnten. Der Gewinn der Fußball-Weltmeisterschaft 1954 ging einher mit dem wirtschaftlichen Aufschwung und einer optimistischen und positiven Grundhaltung in allen Schichten der Bevölkerung. Trotz der katastrophalen militärischen Niederlage 1945 waren wir eine solidarische, fleißige, disziplinierte und intakte Volksgemeinschaft geblieben

– eine jahrelange Schicksalsgemeinschaft hat uns nachhaltig geprägt.

Eine Volksgemeinschaft gibt es nicht mehr – sie ist laut BVerfG sogar verfassungswidrig. Das links/grüne ideologische Gift der letzten 60 Jahre hat aus einem einstmals stolzen Volk, das weltweit bewundert und geachtet wurde, eine belanglose Ansammlung sich immer mehr entfremdender Individuen gemacht – der perfekte Nährboden für die marxistisch/

links/grünen Deutschlandhasser. Resignation legt sich wie Mehltau auf die Widerstandskraft gegen die Volksabschaffung durch die Masseneinwanderungsparteien und lähmt bei weiten Teilen der Bevölkerung jedes politische Aufbegehren.

Das Ausscheiden bei der Fußball-Weltmeisterschaft ist keine Katastrophe, sollte jedoch Anlaß sein, auch bei politisch weniger interessierten Mitmenschen auf die wirklichen Probleme und Zustände in diesem Staat hinzuweisen. 2018 markiert in jeder Hinsicht einen Tiefpunkt deutscher Geschichte – nicht nur durch das Ausscheiden bei der Fußball-WM.

In Deutschland mehr Flüchtlinge als in Europa

Verkehrte Welt: Dem Bundesinnenministerium zufolge wurde in der Bundesrepublik von Januar bis Mai ein Zugang von 68.494 Asylsuchenden registriert. In ganz Europa kamen hingegen bis zum 24. Juni laut »Internationaler Organisation für Migration« (IOM) 54.352 »Flüchtlinge« an, darunter jeder fünfte über den Landweg, die übrigen übers Mittelmeer. Der besorgte Leser fragt sich erstaunt: Wie kann das sein?

Die Antwort darauf liegt im Innenministerium: Ex-Minister *de Maizière* hatte bereits 2015 angewiesen, niemanden abzuweisen, der das Zauberwort »Asyl« stammeln kann. Diese Anweisung gilt bis heute, so daß nun all jene die deutsche Grenze überqueren, deren Asylanträge in anderen EU-Ländern abgelehnt wurden und denen eine Ausweisung bzw. Abschiebung droht.

Die Antwort darauf liegt im Innenministerium: Ex-Minister *de Maizière* hatte bereits 2015 angewiesen, niemanden abzuweisen, der das Zauberwort »Asyl« stammeln kann. Diese Anweisung gilt bis heute, so daß nun all jene die deutsche Grenze überqueren, deren Asylanträge in anderen EU-Ländern abgelehnt wurden und denen eine Ausweisung bzw. Abschiebung droht.

Legendenbildung um die Asylanten-Verteilung in Europa

In jeder Talkshow bestätigen sich unsere besorgt-blickenden Politiker, wie wir Italien und Griechenland in der Flüchtlingskrise allein lassen würden. Der hessische Ministerpräsident *Volker Bouffier* (CDU):

»Wir haben Griechenland und Italien das Problem überlassen. Das können wir nicht mehr tun.«

Eine Legende mehr, die nun vom Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) widerlegt wird:

Ende 2017 hielten sich 1,41 Millionen Schutzberechtigte und Asylbewerber in Deutschland auf. Da-

nach folgt Frankreich mit 402.000, Italien mit 355.000 und dann erst Griechenland mit 83.000.

Dazu kommen die Illegalen, Unbekannten, Untergetauchten, die über Merkels »offene Grenzen für alle« ins Land spaziert sind. Sie werden auf 500.000 bis zu einer Million geschätzt.

Nur mal so zum Vergleich: Allein in Berlin wurden 83.222 »Asylzwanderer« gezählt, in Nordrhein-Westfalen 433.236 – dies sind mehr als in ganz Italien.

Möge uns keiner weismachen, daß unsere Politiker diese Zahlen nicht kennen würden.

»Wer die Wahrheit nicht kennt, ist nur ein Dummkopf, wer sie aber kennt, und sie eine Lüge nennt, ist ein Verbrecher.«

Galileo Galilei, italienischer Naturforscher, 1564-1642

UNABHÄNGIGE
NACHRICHTEN

www.un-nachrichten.de

BÜRGERINFO A718



Weiter so bis zum Bürgerkrieg?



»Mein Haus, mein Hof, mein Geld«: So warnten wir auf der Titelseite der Ausgabe UN 3/2016 vor den immer schlimmeren Folgen der offenen Grenzen für alle, als staatliche Stellen begannen, Immobilien und leerstehende Wohnungen für die Massen von »Flüchtlingen« zu beschlagahmen.

**»Wenn es Euch schlecht geht,
kommt nach Deutschland.
Dort seid Ihr willkommen.
Ihr bekommt Geld ohne Arbeit,
gute Krankheitsbehandlung,
Familiennachzug und Kindergeld,
ein Haus und ein Auto!«**

Wer steckt hinter solchen in Nord- und Schwarzafrika verbreiteten Werbeparolen zum Massenaufbruch nach Deutschland? Wer sind die Profiteure dieser Migrationsflut?

**HEIMATRECHT IST EIN MENSCHENRECHT,
AUCH FÜR UNS DEUTSCHE!**

Die Profiteure der Masseneinwanderung

»Wenn es Euch schlecht geht, kommt nach Deutschland. Dort seid Ihr willkommen. Ihr bekommt Geld ohne Arbeit, gute Krankheitsbehandlung, Familiennachzug und Kindergeld, ein Haus und ein Auto!«

Wer steckt hinter solchen bis nach Schwarzafrika und Vorderasien verbreiteten Parolen, oft sogar bebildert mit Fotos von »Mutti Merkel« und Autos der Marke *Mercedes*?

Wer sollte solchen Angeboten widerstehen? Wer propagiert den Migrationsmarkt?

Im Verborgenen sind es die Hintergrundmächte, die eine »neue Weltordnung« schaffen wollen, vordergründig sogar die UNO und die EU mit ihren Migrations-Völkerwanderungsplänen, der Türkensultan *Erdoğan*, der die in die Türkei gekommenen syrischen Flüchtlinge loswerden wollte, insbesondere die Kurden. Möglicherweise abgestimmt mit allen hat der Vertreter des US-Großkapitals, *George Soros*, mit seinen gemeinnützigen, in Wirklichkeit gemeingefährlichen Stiftungen 150 Personen beschäftigt, die in allen Medien im Orient und in Afrika die Kunde verbreiteten: »Wenn es Euch schlecht geht, kommt nach Deutschland. Dort seid Ihr willkommen ...!«

Kein Wunder, daß sich die Geseheiterten, Armen und Hungern der Welt aufmachen, dieses Sozialparadies zu erreichen.

Wie überall, wo die *Soros*-Stiftung tätig war, geht es auch bei den geförderten Migrationsströmen um die Destabilisierung des betreffenden Landes zur Schwächung der internationalen Konkurrenz bzw. um die Herrschaft über die Politik, die Märkte und Bodenschätze (Afghanistan, Ukraine, Libyen, Syrien, Irak u.a.).

Daß die deutsche Kanzlerin *Merkel* den aus dem Orient begonnenen Flüchtlingsstrom mit ihrer die gutgläubigen, vertrauensseligen Deutschen berauschenden »Willkommenskultur« begrüßte, hat den Flüchtlingsstrom zu einer Völkerwanderung nach Deutschland werden lassen und ist ihr verhängnisvollster politischer Fehler geworden. Sie hat dies zwar allein entschieden, kann sich aber darauf berufen, daß die alten Bundestagsparteien und die Mehrheit der gesellschaftlichen Gruppen ihre Willkommensrufe unterstützten. Die Unterstützer wiederum haben zumeist wirtschaftliche Gründe:

- **Die Kirchen** sind durch ihre Sozialorganisationen die größten Gewinner der Masseneinwanderung, weil sie mit üppigen öffent-

lichen Geldern die Aufnahmeeinrichtungen finanziert bekamen, mehr als 100.000 Mitarbeiter für diese Arbeit einstellten und damit ihre durch Kirchenaustritte schrumpfenden Finanzen wieder um mehrere Millionen sanieren konnten.

- **Die Sozialindustrie** bot ein gleiches Leistungsangebot. Ihre Organisationen schlugen sich um die Flüchtlinge, weil damit üppig zu verdienen ist. Das geht bis hin zu den Ärzten, Zahnärzten oder Krankenhäusern, welche zusätzliche Massen von Immigrationspatienten bekamen, für die vom Staat alles bezahlt wurde.

- **Auch die Konzernlobby** hat willkommen geschrien und das Schreckgespenst vom »Fachkräftemangel« beschworen – obwohl die gesamten Großunternehmen nur 60 von zwei Millionen Immigranten eingestellt haben und die Masse der Immigranten für unseren Arbeitsmarkt qualitativ wenig tauglich ist und voraussichtlich kaum ein ausreichendes Arbeitseinkommen haben wird.

Allein die Drohung mit dem Arbeitskräftepotenzial der Zuwanderer zahlte sich bereits dadurch aus, Lohndumping auf deutsche Arbeitskräfte auszuüben und die eigentlich in der Hochkonjunktur selbstverständlichen Lohnforderungen abzuwehren.

Der Irrsinn kennt keine Grenzen

Andrea Nahles, die Bundesministerin für Arbeit und Soziales der 2017 abgewählten schwarz-roten Regierung, heute Partei- und Fraktionsvorsitzende der ehemaligen Volkspartei SPD, erklärte laut *SPIEGEL* Nr. 37/2015 zum Massenansturm auf Deutschland:

»Gleich, wie viele es am Ende genau sein werden: Die Menschen, die sich oft aus Bürgerkriegen und über große Distanzen zu uns gerettet haben, sind bei allen akuten Problemen auch ein großer Gewinn. Nicht zuletzt angesichts des demografischen Wandels ist die Zuwanderung ein Segen, auch wenn sie derzeit ungeplant verläuft.«

»Merkel muß weg!« ist richtig. Aber ohne Neuwahlen, um den Masseneinwanderungsparteien ein Ende zu setzen, könnte es mit dieser Frau noch schlimmer kommen!

• **Die Unzahl der Flüchtlings-Fürsorgevereine und NGOs**, alles angeblich gemeinnützige Organisationen, gehören ebenfalls zu den Gewinnern. Sie können ihre mit Steuergeldern belohnte »Gemeinnützigkeit« und ihre Existenz nur durch Spendenzulauf erhalten, wenn sie irgendwelche angeblich gemeinnützigen Aufgaben durchführen. Hier bot sich im Flüchtlingsmarkt ein völlig neues, dazu lukratives Geschäft bis hin zum Betrieb von Schleuserschiffen auf dem Mittelmeer, das ihnen Millionenspenden einbringt.

Auch die Heimatländer profitieren!

Inzwischen erhöhen aber auch einige Heimatländer den Auswanderungsdruck nach Deutschland. Deutschland ist finanziell das Sozialparadies der Welt. Nirgendwo bekommt man so hohe Sozialleistungen wie hier. Nirgendwo können deshalb Sozialimmigranten so viel nach Hause schicken wie von Deutschland aus.

Im letzten Jahr allein haben sie mit 4,2 Milliarden Rücküberweisungen aus deutschen Sozialleistungen in ihr Heimatland dort für einen Geldregen gesorgt, auf den diese afrikanischen Länder nicht verzichten wollen, also die Rücknahme sabotieren.

Die Migrationsgewinnler

Nachfrager nach neuen Migranten sind auch die bereits hier ansässigen Landsleute. Wo immer von Türken, Kurden, Libyern, Syrern oder Afrikanern Ansiedlungen bestehen, versuchen sie diese durch weiteren Zuzug ihrer Landsleute zu verstärken, bis hin zu Ghettos, in denen dann die Zuwanderer nach einheimischen Sitten und einheimischem Recht ohne Integration leben können (Duisburg, Kreuzberg, Bremen u.a.).

Wo so viele wirtschaftliche Interessen zugunsten der Masseneinwanderung vorliegen, ist es kein Wunder, daß die politisch gesteuerten »Leitmedien« das öffentliche Bewußtsein auf »Willkommenskultur« bürsten konnten.

Inzwischen leben große Teile ganzer Branchen bereits von der Flüchtlingsindustrie. Tausende Anwälte haben 340.000 – meist aussichtslose – Prozesse um Bleiberechte von abgelehnten Einwanderern angestrengt, weil ihnen der Staat die Prozesse durch alle Instanzen bezahlt.

Die Nahrungsmittelindustrie hat sich bereits ausgerechnet, wie viel Milliarden Mehrumsatz durch die mehr als zwei Millionen Zuwanderer bei ihr angekommen ist.

Gleiches gilt auch für die Bekleidungsindustrie, weil die mittellosen Flüchtlinge ja nicht nur Nahrung, sondern auch Kleidung auf öffentliche Kosten bekommen.

Umsorgt und gehätschelt

Im Unterschied zu den Einheimischen, die sich selbst um eine Wohnung kümmern müssen, wird den Zuwanderern ein Recht auf Unterbringung zugestanden, muß für sie gebaut werden, müssen Wohnungen für sie angemietet und diese Wohnungen mit neuen Möbeln ausgestattet, mit Külschrank usw. bestückt werden und müssen sie mit Kleidung, Kindersachen bis zum Kinderwagen auf Wohlstandsniveau gebracht werden. Sowohl Immobilien- als auch Konsumgüterindustrie rufen deshalb nach weiterer Immigration, weil sie Gewinner dieser Völkerwanderung sind.

Das Sozialparadies (Deutschland)

Im Interesse aller vorgenannten Sozialorganisationen hat der Staat und haben die Gerichte den anerkannten und geduldeten Immigranten die sogenannte Hartz-IV-Versorgung zugebilligt, also die

Früher hießen sie »Kriegsgewinnler«

Je größer der Widerstand in der (noch) deutschen Mehrheit gegen die Masseneinwanderung wird, desto mehr Steuergeld schütten Bund, Länder und Kommunen aus, um den berechtigten Protest zu bekämpfen.

Allein die Bundesregierung hat im Jahre 2017 im Programm »Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit« 95.820.537 Euro an die Verwaltungen und »Trägervereine« verteilt, die das Geld dann z.T. auch an die seltsamsten Vereine weiterleiten. Wer einen Verein »Tanz gegen Rechts« gründet, wird aus den Fördertöpfen bezahlt.

Mehr als 95 Millionen Euro! Steht es mit der Demokratie so schlecht?

In der Bundestags-Drucksache 19/1012 vom 1.3.2018 (30 Seiten, UN-Archiv 7187) erfährt man, wer alles unterstützt wird:

- ein türkischer Akademikerverein in Ravensburg,
- ein Würzburger Bündnis für Zivilcourage,
- eine Tür an Tür Integrationsprojekte eGmbH in Augsburg,
- ein Berliner Verband für Interkulturelle Arbeit,
- ein Netzwerk für Toleranz in Waldeck,

und so weiter und so weiter!

Hinzu kommt noch der Segen aus den Geldtöpfen der 16 Landesregierungen (siehe Beispiel Thüringen in der UN 11/2016: »Zuschüsse für Fahrten zu Gegendemonstrationen bei rechten Aufmärschen«).

Die Benachteiligung des eigenen Volkes ist ein lohnendes Geschäft!

gleiche Sozialunterstützung, wie sie Einheimische erst in Not oder nach Arbeitslosigkeit bekommen können. Diese Höchstbezahlung der Einwanderer lockt natürlich in der ganzen Welt Nachahmer an.

»Wer nach Deutschland kommt, hat ausgesorgt, für den gibt es keine Existenznot mehr!«

Das sagte ein Afrikaner und will deshalb seine Sippe ebenfalls nachholen. Die Höhe unserer Leistungen und Bezahlung ist also der stärkste Sog, den der Staat auf die Immigration ausübt. Würde dagegen der Staat den angeblich Verfolgten kein Geld mehr, sondern nur Unterkunft und Verpflegung zugestehen, würden die Immigrationsströme schnell versiegen.

Der Staat besorgt also selbst durch angebotene internationale Höchstversorgung für alle Armen der Welt die Völkerwanderung in unser Land.

Viele Deutsche glauben immer noch, daß es ihnen nicht nur jetzt besser geht als in vielen anderen Ländern, sondern daß dies auch für die Zukunft selbstverständlich sei. Deshalb hält sich der Widerstand (noch) in Grenzen.

Deutschland leistet sich nicht nur die höchsten Sozialleistungen an die Einheimischen, sondern bietet sie auch allen Immigranten der Welt an. Kein Wunder, daß alle hungrigen, gescheiterten und vom Krieg bedrohten Menschen in das ihnen angebotene offene Sozialparadies wollen, in das Land, wo sie nicht nur will-

verteilt/überreicht von:

kommen sind, sondern wo ihnen auch ohne Arbeit lebenslange Existenzsicherung und so hohe Sozialleistungen geboten werden, wie sie diese zu Hause nicht einmal mit Arbeitseinkommen aus Schwerstarbeit erreichen können.

Wehe, es gibt kein Geld mehr

Der derzeitige Wohlstand der westlichen Welt und auch in Deutschland ist aber nur durch eine Finanzblase künstlich erzeugt. Prof. Dr. Eberhard Hamer hat das in seinem Buch »Der große Crash-Ratgeber« anschaulich belegt. Platzt die Fi-



Baustelle einer »Flüchtlingssiedlung« in Köln (Oktober 2015)

nanzblase, werden nicht nur die Einheimischen ihren derzeitigen Wohlstand verlieren, werden viele überschuldete Unternehmen schließen, wir wieder Massenarbeitslosigkeit bekommen, aber auch die Rente und die Sozialleistungen drastisch gekürzt werden.

Dann werden sich nicht nur die Deutschen die Augen reiben, was sie sich mit den Immigrationskosten da noch zusätzlich aufgebürdet haben, sondern dann werden sich auch die Immigranten, die mit dem Versprechen des Sozialparadieses zu uns gelockt worden sind, betrogen fühlen und

sich dies nicht gefallen lassen. Dann kann es zu gewaltsamen Reaktionen, zu Raub, Plünderung und Bürgerkrieg kommen.

Morgenthau mit anderen Mitteln

Noch nie ist eine Masseneinwanderung ohne Verarmung der Einheimischen möglich gewesen. (Wer Gäste einlädt, muß für sie zahlen, wer viele Gäste einlädt, muß viel zahlen und wer zu viele einlädt, geht pleite.) Ein Einreise-recht für alle ist weltfremd (*Sahra Wagenknecht*, Die Linke) und noch nie ist eine Masseninvasion fremder Völker auf Dauer friedlich verlaufen.

Wie durch die alliierte Zertrümmerung Deutschlands 1945 mit kriegerischen Mitteln könnte Deutschland durch das »friedliche« Mittel Massenimmigration wieder wirtschaftlich zusammenbrechen, wenn dieser Politik nicht ein Ende gesetzt wird.

Dann tragen aber alle diejenigen, welche die Gefährdung Deutschlands durch die heutige Immigrationspolitik gewählt haben, eine wirkliche Schuld!

Besuche uns auf Facebook:



**facebook.com/
UN.Nachrichten**

NACHBESTELLEN UND WEITERGEBEN!

Brücken und Panzer für den Krieg?

»Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu errichten!«, so der ehemalige DDR-Staats- und Parteichef *Walter Ulbricht* am 15.6.1961 auf einer Pressekonferenz. Zwei Monate später wurde die Mauer gebaut.

So ähnlich agieren heute westliche Politiker und Militärstrategen, wenn sie nun für 6,5 Milliarden Euro Europas Straßen »panzertauglich« machen wollen. Offiziell hat natürlich niemand die Absicht, Panzer und schweres Gerät so schnell wie möglich gen Osten bewegen zu können.

Während viele Lkw-Fahrer schon heilfroh wären, wenn sie mit ihrem 7,5-Tonner ungehindert deutsche Straßen und Brücken befahren könnten, ist die EU-Kommission schon einen Schritt weiter. So schlägt die Kommission unter Leitung von *Jean-Claude Juncker* vor, Europas Straßen bis 2019 auf ihre militärische Tauglichkeit zu überprüfen. Anhand einer zu erstellenden Liste sollen die am dringendsten renovierungsbedürftigen Straßen und Brücken ausfindig gemacht werden, um diese dann »panzertauglich« herzurichten.

Als Grund wird die Sorge der baltischen EU-Staaten Estland, Lettland und Litauen vor einem russischen Angriff genannt. Das Aggressionspotential der Russen habe sich auf der Krim und in der Ostukraine gezeigt.

Damit die Transportzeiten im Falle einer Krise nicht zu lange dauern, müsse sichergestellt werden, daß Truppentransporte aus Mittel- und Westeuropa mit schweren und überdimensionierten Militärfahrzeugen sich überall in Europa schnellstmöglich bewegen können.

Eine Maßnahme, die überhaupt nicht kritikwürdig wäre, hätte man nicht immer diesen bitteren Beigeschmack von Heuchelei und Verschleierung: Während unsere



Foto: US Army/Staff Sgt. Sharon Mathias

Autobahnen in den 30er Jahren des letzten Jahrhunderts angeblich für einen Angriffskrieg gebaut wurden, handele es sich heute um Straßen des Friedens.

Parallel zu dieser »logistischen Aufrüstung« wird im baden-württembergischen Ulm ein neues NATO-Unterstützungs- und Nachschubkommando aufgebaut. Die Militärbereitschaft der NATO soll bis 2020 deutlich erhöht werden. 90 Verbände von Heer, Luftwaffe und Marine werden so ausgerüstet und trainiert, daß sie im Fall einer Krisensituation innerhalb von spätestens 30 Tagen oder weniger vor Ort kampfbereit sind.

Seit 2016 gibt es bereits eine schnelle Eingreiftruppe von 5.000 Mann, die als Speerspitze in ständiger Alarmbereitschaft steht.

Diese Truppe soll nun um rund 30.000 Soldaten, 300 Flugzeuge und mindestens 30 Kriegsschiffe und U-Boote aufgestockt werden.

In den USA wird ein weiteres Kommando aufgebaut, um die Logistik über den Atlantik sicherzustellen.

NATO-Generalsekretär *Jens Stoltenberg* weist auf die unberechenbarer gewordene Welt hin: »Wir müssen für das Unvorhergesehene gewappnet sein.« Bravo, Herr Generalsekretär, genau dies

ist Aufgabe einer vorausschauenden Militärpolitik. Wenn da nicht immer wieder diese »unvermeidlichen Präventivkriege« und »Friedensmissionen« in den letzten Jahrzehnten gewesen wären, würden wir das Treiben der Politiker und Militärs beruhigter verfolgen.

Die Ausdehnung des NATO-Bereiches bis an die Grenzen Rußlands in den letzten 15 Jahren hat die Welt nicht sicherer gemacht und ist eine typisch westliche Variante der »Friedenssicherung«.

Aber, wie gesagt: Niemand hat die Absicht ...

6,5 Milliarden Euro

will die EU für die Panzerstraßen gen Osten ausgeben. Daß wir der Hauptsponsor der EU sind, weiß jeder. In den Medien ist immer von Herrn *Juncker* (EU) und Herrn *Stoltenberg* (NATO) die Rede, die sich um den Zustand unserer Straßen »sorgen«.

Frau *von der Leyen* bzw. Frau *Merkel* und nicht zuletzt unser Verkehrsminister *Andreas Scheuer* werden gar nicht erwähnt – aber so ist das eben in souveränen Staaten ...!

Der Irrsinn hat Methode!



Treffens zwischen Bundeskanzlerin *Angela Merkel*, dem spanischen Ministerpräsidenten *Pedro Sánchez* und Griechenlands Ministerpräsident *Alexis Tsipras* in Brüssel, 29.6.2018

Foto: La Mencia - Gobierno de España / flickr / CC BY-NC-ND 2.0

Vor unser aller Augen vollzieht sich ein Vorgang, der an Irrsinn kaum zu überbieten ist:

Da verhandelt eine Bundeskanzlerin, die geschworen hat Schaden vom deutschen Volk abzuwenden, mit ihren Kollegen aus den an Deutschland angrenzenden Ländern über die Rücknahme beziehungsweise Nichteinreise von Migranten in unser Land.

Für dieses eventuelle »Entgegenkommen« werden Geldge-

schenke in Milliardenhöhe in Aussicht gestellt. Dies alles, um eine sogenannte »europäische Lösung« zu erreichen, anstatt deutsches Recht an unseren Grenzen anzuwenden.

Deutschland wird von dieser Frau mehrfach gefährdet. Erst wird das Land mit Millionen kulturfremder Menschen bevölkert, die den Steuerzahler für die nächsten Jahrzehnte mehrere 100 Milliarden Euro kosten wer-

den, dann darf der praktizierte Irrsinn an unseren Grenzen nicht souverän von uns teil-rückgängig gemacht werden, sondern wird hinter verschlossenen Türen auf EU-Ebene ausgeklüngelt – und zum Schluß schröpft man uns um weitere Milliarden

Irrsinn mit Methode!

Alles, ohne damit nachhaltig den Migrantenstrom stoppen zu können bzw. zu wollen. Die 200.000 verabredeten und im Koalitionsvertrag verabschiedeten »Neuankömmlinge« stehen überhaupt nicht mehr zur Diskussion – sie sind bei allen Systemparteien Konsens.

Im Klartext: Für das angerichtete Chaos und den Machterhalt der Frau Merkel und der unsäglichen Koalition wird der Steuerzahler mehrfach zur Kasse gebeten.

Die Meinungsmacher in Presse und Funk vermitteln, wie schon in den letzten Jahren, dem geneigten Leser und Hörer das regierungsamtlich gewünschte Bild einer Kanzlerin, die mit Weitblick die Geschicke dieses Landes lenkt.

Wir werden verarscht und klatschen dazu noch Beifall.

Liebe Leser, ganz privat:

Die Angst- und Schweigespirale muß durchbrochen werden!

Endlich mal eine ermunternde Meldung: Die alljährliche Ferienzeitung der **UNABHÄNGIGEN NACHRICHTEN** geht weg »wie warme Semmeln«! Wir freuen uns wie schon in den vergangenen Jahren, daß dank Ihres Einsatzes schon zigtausende Ferienzeitungen verteilt werden konnten.

Diese **UN-FERIEN-SONDERAUSGABE**, die dank vieler aktiver Mitstreiter in diesen Wochen der Abenddämmerung der Masseneinwanderungskanzlerin Merkel in Urlaubsorten, an Tischen von Straßencafés, Strandbuden, in Ruhe- und Frühstücksräumen von Hotels und Pensionen verteilt oder liegengelassen wird, eignet sich hervorragend dazu, statt über Fußball über unsere und unserer Kinder Zukunft nachzudenken!

Für einen Kostenbeitrag von zehn Cent plus Porto pro Exemplar bestellen Sie bitte Nachschub! Anruf genügt: 0208-84 01 32.

In diesen dramatischen Zeiten gibt es eine »Informationspflicht«! So wie sie Ihre Nachbarn über bevorstehende Unwetter, Verkehrsbehinderungen oder sonstige Einschränkungen oder Veränderungen in ihrem gemeinsamen Umfeld informieren, so gilt es um so mehr, die Menschen über die ungeheuren Umwälzungen in unserem Land aufzuklären. Die Angst- und Schweigespirale muß durchbrochen werden. Sie werden erleben, Sie sind nicht allein – es werden täglich mehr Menschen, die so denken wie Sie!

Ihre UN-Mitarbeiter

»Wann tritt Angela Merkel zurück?«

»Fast täglich werden Mädchen und Frauen vergewaltigt und ermordet. „Muttis Mörder“ haben sich eingelebt, unter tätiger Mithilfe des BAMF. Mit politischer Deckung von ganz oben wurden Kriminelle, Islamisten und Frauenfeinde ins Land gelassen. So wurde Deutschland zu einem Land, in dem wir gut und gerne sterben. Für die Kanzlerin wird die Luft dünn. Zeit daher für einen vorgezogenen Nachruf.«

Deutschland-Kurier, 20.6.2018

Die Luftnummer der Angela M.

Man sollte erwarten, daß die Medien die Luftnummer der europäischen Staatschefs in Brüssel auch als solche entlarven – aber weit gefehlt. »Merkel erzielt Durchbruch – Merkels Erfolg in Brüssel – Änderung der Asyl-Politik in Europa ...« so lauten die Schlagzeilen unserer Qualitätspresse.

Nichts, aber auch gar nichts ist erreicht worden. Nur Absichtserklärungen und vorgetäushtes Wohlverhalten, alles um den Kopf der Europa-Politikerin Merkel zu retten. Ihre Kollegen aus den anderen Ländern werden den Teufel tun, sie von Seehofer absägen zu lassen. Einen weiteren willfährigen deutschen Politiker, der mit deutschen Steuergeldern halb Europa

alimentiert, werden sie so schnell nicht finden. Für den bayerischen Wahlkampf kann es nur heißen, diese Staatsschauspieler in CDU und CSU zu demaskieren.

Die wirkliche Tragik liegt allerdings darin, daß ein Großteil des Volkes weiterhin glaubt, daß sich alles schon zum Besseren wenden werde.

Nichts wird besser werden, solange diese Politiker ihre deutsch- und europafeindliche Politik ungestört und mit dem Segen der Medien betreiben können!

Darum kann unser Auftrag nur lauten: Aufklären, aufklären, aufklären! – Bis auch wir Deutsche wieder gut und gerne in diesem Land leben können.

Für die Wahrung der Grund- und Bürgerrechte des Einzelnen, der Souveränität und Selbstbestimmung der Nationen, für das Heimatrecht der Völker im eigenen Land, für den Erhalt der Pressevielfalt und Meinungsfreiheit.

FÜR IHRE BESTELLUNG:

Bitte einsenden an: UN, Postfach 101706, 46017 Oberhausen

- Ich bitte, mir monatlich 1 - 2 - 3 - 5 - 10 Exemplar(e) der UN zuzusenden. Ich gehe damit kein Abonnement mit Verpflichtungen oder Kündigungsfristen ein. Die UN werden ehrenamtlich zu Selbstkosten erstellt (zur Zeit 1,50 Euro je Exemplar einschließlich Porto, ab 10 Stück 1,- Euro je Exemplar).
- Ich bitte um eine kostenlose Probesendung verschiedener Ausgaben der UN. 1,45 Euro Rückporto liegen in Briefmarken bei.
- Ich bitte um Zusendung von _____ Ex. der UN-Ausgabe Nr. _____ mit / ohne Kostenbeteiligung (siehe oben).
- Einen Kostenbeitrag in Höhe von _____ Euro lege ich per Verrechnungsscheck / in bar bei - zahle ich per Einzug - kann ich zur Zeit nicht leisten.

Name/Anschrift: _____

Jahrgang: _____ Telefon: _____ (für Rückfragen)

Einwilligungserklärung zur Datenspeicherung und -weitergabe

Die angegebenen personenbezogenen Daten, die allein zum Zwecke der Ausführung der Bestellung notwendig und erforderlich sind, werden auf Grundlage gesetzlicher Berechtigungen erhoben.

Mit meiner Unterschrift bin ich damit einverstanden, daß meine Daten zum Zwecke der Ausführung an Dritte (Versanddienstleister, Post- und Paketdienste) weitergeben werden.

Meine Einwilligung zur Datenspeicherung und -weitergabe kann ich jederzeit ohne Angabe von Gründen mit Wirkung für die Zukunft abändern oder gänzlich widerrufen.

Datum: _____ Unterschrift: _____

ERSCHEINUNGSVERMERK

UN - Unabhängige Nachrichten
Postfach 101706
D-46017 Oberhausen

Telefon: 0208 - 84 01 32
Telefax: 0208 - 84 87 057
E-Post: info@un-nachrichten.de

Bankverbindung:

FK UN e.V.
IBAN: DE75 1001 0010 0636 5391 01
BIC: PBNKDEFF

Internet:

www.un-nachrichten.de
www.fb.com/UN.Nachrichten

Impressum:

Herausgeber: Freundeskreis Unabhängige Nachrichten e.V., Alstadener Str. 49a, 46049 Oberhausen

verantw. Schriftleiter: Annette Kruse

Für unverlangt eingesandte Zuschriften wird keine Haftung übernommen!

Kein gewerbliches Unternehmen. Außer Satz und Druck ist alle Mitarbeit ehrenamtlich.

Keine Werbung oder Anzeigenaufnahme.

Kein Verkauf, Kostenbeiträge sind freiwillig, z.Zt. entstehen Selbstkosten von etwa 1,50 Euro je Ausgabe einschließlich Porto.

Diese Zeitschrift wird vor dem Druck von Anwälten auf strafrechtliche Unbedenklichkeit überprüft.

Druck: Wegeor GmbH, Alstadener Str. 49a, 46049 Oberhausen

Alle redaktionellen Texte dieser Ausgabe stehen, soweit nicht anders gekennzeichnet, unter der »Creative-Commons«-Lizenz CC BY-NC 4.0 und dürfen damit weiterverwendet werden.
creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0/